

Beschlußantrag der Abgeordneten Ing. Karl Svoboda (SPÖ), Franz-Karl Effenberg (SPÖ), Dipl.Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (FPÖ), Dr. Helmut Günther (FPÖ), Dr. Johannes Hawlik (ÖVP), Hannelore Weber (GRÜNE) und GenossInnen betreffend die Initiative Österreichs zur Schaffung einer "Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten", eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 29. März 1996.

3428/LAT/96

Die geringe Entfernung Wiens zu zahlreichen Atomkraftwerken in den östlichen Nachbarstaaten bedeutet ein erhebliches Gefahrenpotential für die Wiener Bevölkerung. Wien hat sich daher immer vehement für die Schließung dieser Kraftwerke ausgesprochen, wie dies etwa das Engagement gegen das KKW Mochovce in jüngster Zeit gezeigt hat. Wien wird sich nicht damit abfinden, daß Atomtechnologieprogramme nicht nur wider besseres ökologisches, sondern auch wider besseres ökonomisches Wissen durchgezogen werden, nur um die Macht der Atomlobby aufrechtzuerhalten. Insgesamt fordert Wien einen weltweiten Ausstieg aus der Atomtechnologie, die, wie zahlreiche Zwischenfälle - im besonderen der tragische Störfall im Kernkraftwerk Tschernobyl - zeigen, irreparable Schäden für Menschen und Umwelt verursachen können.

Gleichzeitig vertritt die Bundeshauptstadt die politische Linie, den östlichen Nachbarstaaten mittels Substitutionsprogrammen Hilfe zur Umrüstung der veralteten Atomkraftwerke zu gewähren, anstatt internationale Gelder für den Bau neuer Kraftwerke zur Verfügung zu stellen. Gerade hinsichtlich des erforderlichen Know-hows ist Wien hier in der Lage, gute Ideen und Engagement einzubringen, um eine alternative Energiepolitik in den östlichen Nachbarländern zu forcieren.

Die Bemühungen Österreichs gegen zahlreiche Atomprojekte wie Temelin, Mochovce und Krsko haben die Notwendigkeit eines langfristigen Konzepts zum Ausstieg aus der Atomtechnologie vor Augen geführt. Insgesamt ist es aber von Bedeutung, nicht nur auf regionaler, sondern auf internationaler Ebene zu kooperieren. Einzel- oder Teilerfolge gegen individuelle Atomanlagen haben nichts an der überproportionalen institutionellen und rechtlichen Bevorzugung der Atomenergie auf internationaler Ebene geändert. Österreich kommt hier einerseits wie keinem anderen Land die Chance zu, eine Entwicklung gegen die Nuklearlobby zu initiieren, andererseits ist es von Vorteil, die Kräfte anderer gleichgesinnter Länder und Regionen zu bündeln und gemeinsame Anstrengungen für einen internationalen Ausstieg aus der Atomkraft zu unternehmen. Das Konzept

maßgeblicher österreichischer Umweltverbände zur Schaffung einer "Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten" würde hier die bisherigen Ansätze Österreichs zur Realisierung eines Bündnisses mit anderen atomkritischen Staaten oder Regionen erweitern und systematisieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

1. Die Wiener Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten:

- a) die Initiative zur Schaffung einer "Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten" aufzugreifen,
- b) entsprechende Schritte auf nationaler und internationaler Ebene vorzubereiten und in der Folge einzuleiten,
- c) diese Schritte in Abstimmung mit den NGOs, die als Proponenten das Konzept der "Koalition atomfreier Staaten" lanciert haben, vorzunehmen.

2. Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Ziel einer "Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten" aktiv zu unterstützen.

The bottom of the page contains several handwritten signatures and names in black ink. From left to right, the names are: 'Günther', 'Humbert', 'Stasch', 'H. Huber', and 'Stumpf'. There are also some illegible scribbles and lines below these names.